

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

pd@sk.so.ch

parlament.so.ch

Medienmitteilung

UMBAWIKO heisst Projektergänzungen beim A1-Ausbau im Gäu gut

Solothurn, 10. Juni 2022 - Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission des Kantonsrats (UMBAWIKO) unterstützt die vom Regierungsrat vorgesehenen Projektergänzungen zum A1-Ausbau im Gäu und stimmt dem Verpflichtungskredit von rund 9,4 Mio. Franken zum Bau einer zusätzlichen Lärmschutzwand in Oensingen zu.

Hintergrund: Die Autobahn A1 soll zwischen Luterbach und Härkingen von vier auf sechs Streifen ausgebaut werden. Im Dezember 2020 wurde ein dringlicher kantonsrätlicher Auftrag an den Regierungsrat überwiesen, um die Finanzierung von Projektergänzungen zum A1-Ausbau aufzugleisen: Basierend auf Vorschlägen eines «Runden Tisches» mit Vertretern der Einwohnergemeinden, der Landwirtschaft sowie Umweltverbänden wurde eine entsprechende Finanzierungsbotschaft ausgearbeitet.

Nach einer intensiv geführten Diskussion stimmte die Mehrheit der UMBAWIKO dem Verpflichtungskredit nach der zweiten Lesung zu. Keine Mehrheit fand ein Antrag aus der Kommission, dass die rund 500 Meter lange Untertunnelung Kestenholz/Niederbuchsiten (V1.1) als weitere Projektergänzung für 150 Mio. Franken in die Kreditbotschaft aufgenommen werden soll. Wie der Regierungsrat kam die Mehrheit der UMBAWIKO zum Schluss, dass eine teilweise

Untertunnelung der A1 zu teuer käme und so gut wie nichts für den Lärmschutz bringen würde.

Die Kommission wird an der nächsten Kantonsratssession zum geplanten Sechspur-Ausbau der A1 im Gäu noch zwei parlamentarische Aufträge einreichen. Beim ersten Kommissionsauftrag geht es darum, dass das Bundesamt für Strassen (ASTRA) aufgefordert werden soll, bei der Projektrealisierung einen lärmdämmenden Belag der neusten Generation einzubauen. Beim zweiten Kommissionsauftrag wird der Regierungsrat aufgefordert, beim Bund eine Finanzierung der Güterregulierung entlang der Autobahn als flankierende Massnahme zum A1-Ausbau einzufordern.

Das Parlament wird voraussichtlich in der Juni-Session über das Geschäft befinden.

Weitere Auskünfte

Mark Winkler, Präsident Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission, 079 215 70 66